

**RHEINISCH-WESTFÄLISCHE STERBEKASSE**

Lebensversicherung Aktiengesellschaft

Lindenallee 74 · 45127 Essen · Telefon (0201) 247 99 – 0

**RWSt**

Ein Unternehmen der AXA Gruppe

---

---

**B e r i c h t**

**ü b e r d a s**

**G e s c h ä f t s j a h r**

**2 0 1 2**

---



## **Geschäftsbericht 2012**

### **13. Geschäftsjahr**

Vorgelegt der  
ordentlichen  
Hauptversammlung  
am 25. April 2013

---

**Rheinisch-**

**Westfälische**

**Sterbekasse**

**Lebensversicherung**

**Aktiengesellschaft**

Geschäftsstelle:

Lindenallee 74

45127 Essen

Telefon: (0201) 247 99-0

Telefax: (0201) 247 9999

---

---

Im Jahr 2001 hat die  
Rheinisch-Westfälische Sterbekasse Lebensversicherung AG  
das gesamte Vermögen und den Geschäftsbetrieb des  
Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit  
Rheinisch-Westfälische Sterbekasse VVaG  
übernommen.

Sie steht damit in der Tradition des 1888 ursprünglich für die  
Beamten der Stadt Essen gegründeten Versicherungsvereins  
auf Gegenseitigkeit, einer der ältesten Selbsthilfeeinrichtungen.

---

---

## Inhalt

---

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012	6
Ergebnisabführung und Gewinnverwendungsvorschlag	22
Bilanz zum 31. Dezember 2012	23
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012	25
Anhang	26
Allgemeines	26
Erläuterungen zur Bilanz	29
Entwicklung der Aktivposten A, B I bis II im Geschäftsjahr 2012	29
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	37
Überschussbeteiligung	39
Sonstige Angaben	40
Aufsichtsrat, Vorstand und Treuhänder	41
Persönliche Aufwendungen und Personalbestand	42
Konzernvermerk	43
Anlage zum Lagebericht	44
Bewegung des Bestands an Sterbegeld- und Zusatzversicherungen im Geschäftsjahr 2012	44
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	45
Bericht des Aufsichtsrats	46

### **Geschäfts- und Rahmenbedingungen**

Die Entwicklung unserer Gesellschaft fand im Geschäftsjahr 2012 in nachfolgend beschriebenem gesamtwirtschaftlichen und Branchenumfeld statt:

#### **Deutsche Wirtschaft trotz europäischer Krise**

Die deutsche Wirtschaft hat sich im Jahr 2012 als sehr widerstandsfähig erwiesen. Während die Konjunktur in einigen europäischen Ländern und insbesondere in Südeuropa auf Talfahrt ging, ist die deutsche Wirtschaft weiter gewachsen. Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes nahm das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt um 0,7 % zu. In den beiden Vorjahren war es mit 3,0 % (2011) und 4,2 % (2010) allerdings sehr viel kräftiger gestiegen. Insbesondere in der zweiten Jahreshälfte 2012 hat sich die deutsche Konjunktur deutlich abgekühlt.

Einmal mehr erwies sich der Export als wichtigster Wachstumsmotor der Wirtschaft. Deutschland exportierte im vergangenen Jahr preisbereinigt 4,1 % mehr Waren und Dienstleistungen; gleichzeitig stiegen die Importe lediglich um 2,3 %. Im Inland nahmen der private Verbrauch um 0,8 % und die staatlichen Konsumausgaben um 1,0 % zu. Dagegen konnten die Investitionen keinen positiven Beitrag zum Wirtschaftswachstum liefern und gingen zum Teil sogar deutlich zurück.

Der Arbeitsmarkt blieb ebenfalls robust. Nach den ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist die Zahl der Erwerbstätigen um 422.000 – und damit das sechste Jahr in Folge – auf einen neuen Höchststand von 41,6 Millionen gestiegen. Im Jahresdurchschnitt 2012 waren in Deutschland nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit 2.897.000 Menschen arbeitslos gemeldet, 79.000 weniger als vor einem Jahr. Das entspricht einer um 0,3 Prozentpunkte auf 6,8 % gesunkenen Arbeitslosenquote.

Darüber hinaus hatten die meisten Arbeitnehmer mehr Geld im Portemonnaie. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes auf der Grundlage vorläufiger Ergebnisse betrug der Anstieg der nominalen Tariflöhne und -gehälter 2012 im Durchschnitt 2,6 %. Da sich die Verbraucherpreise im vergangenen Jahr nach Angaben des Statistischen Bundesamtes um 2,0 % erhöhten, ergab sich im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt preisbereinigt ein reales Plus bei den Tariflöhnen und -gehältern von 0,6 %.

#### **Deutsche Versicherungswirtschaft wieder mit Wachstum**

Die deutsche Versicherungswirtschaft erzielte im Jahr 2012 wieder ein Wachstum, nachdem sie im Vorjahr zum ersten Mal seit mehr als sechs Jahrzehnten einen Beitragsrückgang in Höhe von 0,4 % hatte hinnehmen müssen. Nach vorläufigen Berechnungen steigerten die im Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) organisierten Versicherer im vergangenen Jahr spartenübergreifend ihre Beitragseinnahmen um 1,5 % auf 180,7 Mrd. Euro (2011: 178,1 Mrd. Euro). Damit blieb die Geschäftsentwicklung unserer Branche auch im fünften Jahr der Finanzmarkt-, Schulden- und Eurokrise stabil.

Allerdings war die Entwicklung in den Versicherungsarten unterschiedlich. Während die Schaden- und Unfallversicherer ein Beitragsplus von voraussichtlich 3,7 % auf 58,7 Mrd. Euro und die privaten Krankenversicherung von voraussichtlich + 3,4 % erzielten, fiel das Wachstum in der Lebensversicherung mit + 0,8 % eher bescheiden aus.

#### **Einführungstermin von Solvency II weiter unklar**

Im Laufe des Jahres 2012 zeichnete sich ab, dass sich die Einführung der künftigen Aufsichtsregeln der Europäischen Union (EU) für die Versicherungswirtschaft, Solvency II, weiter verzögern wird. So sprach sich die EU-Kommission im September 2012 für eine weitere Studie aus, um die Auswirkungen

der im Solvency II-Modell festgelegten Eigenkapitalvorschriften auf langfristige Versicherungsgarantien europaweit zu testen. Dies bedeutet eine Einführung der neuen Eigenkapitalvorschriften für die europäischen Versicherer nicht vor 2015. Die Präsidentin der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hielt Anfang Januar 2013 sogar einen Start des neuen Regelwerks erst 2016 oder gar 2017 für möglich.

### **Einheitliche Tarife für Männer und Frauen**

Seit dem 21. Dezember 2012 bieten die deutschen Versicherer im Neugeschäft nur noch sogenannte Unisextarife an. Hintergrund ist eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs aus März 2011, dass Versicherer ab diesem Stichtag keine Tarife mehr anbieten dürfen, die nach dem Geschlecht unterscheiden. Davon sind insbesondere private Renten-, Risikolebens-, Berufsunfähigkeitsversicherungen und private Krankenversicherungen betroffen, aber auch weitere Versicherungen wie die Kfz- oder Unfallversicherung, die zuvor auch das Geschlecht als Risikomerkmale herangezogen haben. Durch Verzögerungen im Gesetzgebungsverfahren konnte das europäische Unisex-Urteil zwar nicht fristgerecht in deutsches Recht umgesetzt werden, ist aber dennoch aufgrund des sogenannten Anwendungsvorrangs des Europarechts nunmehr in Deutschland gültig.

### **Entwicklung an den Kapitalmärkten**

Die Entwicklung der Kapitalmärkte war im Geschäftsjahr 2012 insbesondere von der Staatsschuldenkrise in Europa sowie von der schwachen globalen Konjunktur geprägt. Im Vergleich zum Vorjahr verbesserte sich die Lage an den Kapitalmärkten zwar deutlich, jedoch dauerten die Unsicherheiten und die damit verbundene Staatsschuldenkrise weiterhin an. Der erneute Rückgang des Zinsniveaus festverzinslicher Anleihen sowie die im Vergleich zum Vorjahr signifikant gesunkenen Risikoaufschläge einzelner Rententypen führten zu einer Wertsteigerung festverzinslicher Wertpapiere. Die Aktienmärkte entwickelten sich im vergangenen Geschäftsjahr positiv. Der Deutsche Aktienindex (DAX) notierte Ende Dezember 2012 bei 7.612 Punkten und verzeichnete somit im Vergleich zum Jahresanfang einen Zuwachs von 29,0 %. Der europäische Aktienmarkt gemessen am EuroStoxx 50 stieg bis zum Jahresende um 10,7 % auf 2.636 Punkte. Der für den amerikanischen Aktienmarkt repräsentative S&P 500 Index notierte ebenfalls um 13,6 % höher als zu Jahresbeginn.

Die Leitzinsen im US-Raum blieben im vergangenen Geschäftsjahr wie in den zwei Vorjahren unverändert bei 0 bis 0,25 %. Hinsichtlich der schwachen Konjunkturaussichten und der anhaltenden Zurückhaltung der Anleger sank der europäische Leitzins der EZB in der Mitte des Jahres erneut um 0,25 % auf 0,75 %. Der Zinssatz für 10-jährige Bundesanleihen ging erneut bis Ende Dezember auf 1,3 % zurück und erreichte damit einen historischen Tiefstand.

### **Geschäftsverlauf und Lage des Unternehmens**

Die Rheinisch-Westfälische Sterbekasse Lebensversicherung Aktiengesellschaft (RWSt) mit Sitz in Essen steht als Rechtsnachfolger in der Tradition einer der ältesten Selbsthilfeeinrichtungen, des 1888 ursprünglich für die Beamten der Stadt Essen gegründeten Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit „Rheinisch-Westfälische Sterbekasse“.

Die RWSt ist ausschließlich im Bereich der Sterbegeldversicherung bundesweit tätig und untersteht der Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Die AXA Konzern AG, Köln, als Rechtsnachfolgerin der AXA Beteiligungsgesellschaft mbH, Köln, hält 100 % am Grundkapital unserer Gesellschaft.

Im Berichtsjahr hat sich die RWSt positiv weiterentwickelt. Das Neugeschäft wurde im Wesentlichen über die Vertriebswege der AXA Versicherungsunternehmen zugeführt. Es konnte gegenüber dem Vorjahr deutlich gesteigert werden. Damit haben wir ein merkliches Bestands- und Beitragswachstum erreicht. Die ausgezahlten Leistungen haben entsprechend der Bestandsentwicklung zugenommen.

Der Anstieg der Nettoerträge aus den Kapitalanlagen ist durch das deutliche Wachstum der Kapitalanlagen sowie die vollständige Nachzahlung von in den Vorjahren ausgefallenen Coupons bedingt. Die Verwaltungskosten konnten gegenüber dem Vorjahr erneut gesenkt werden.

Die Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung (RfB) und das Geschäftsergebnis haben

sich entsprechend sehr positiv entwickelt.

Die AXA Konzern AG hat mit Kaufvertrag vom 09.11.2012 sämtliche Anteile an der RWSt an die IDEAL Lebensversicherung a.G., Berlin verkauft. Der Vollzug der Transaktion steht noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und ist für das erste Quartal 2013 geplant. In Absprache mit der zukünftigen Alleinaktionärin hat die RWSt das Neugeschäft seit dem 21.12.2012 vorläufig eingestellt. Die ursprünglich geplante Einführung des neuen Unisex-Tarifs 50 als Nachfolgetarif zum bisherigen Sterbegeldtarif 40 wird bis auf Weiteres nicht weiter verfolgt. Für die zwischen der RWSt und der AXA Konzern AG bestehenden Vereinbarungen zur bisherigen Einbindung in den Konzern, insbesondere Partnerschaftsvertrag, Gewinnabführungsvertrag, Generalagenturverträge und Dienstleistungsverträge wurden Aufhebungsvereinbarungen abgeschlossen.

### **Steuerliche Verhältnisse**

Seit dem 01.01.2009 besteht eine ertragsteuerliche Organschaft mit der AXA Konzern AG. Der Gewinnabführungsvertrag mit der AXA Konzern AG wurde durch Aufhebungsvereinbarung vom 15.11.2012 mit Wirkung vom 31.12.2012 aufgehoben.

### **Bewegung des Bestands an Sterbegeld- und Zusatzversicherungen**

Im Jahr 2012 wurden 6.706 Sterbegeldversicherungen neu abgeschlossen. Die neu zugegangene Versicherungssumme liegt mit 33,2 Mio. Euro deutlich über Vorjahresniveau (+10,5 % gegenüber Vorjahr). Die Stornoquote (vorzeitiger Abgang im Verhältnis zum mittleren Bestand) betrug 2,5 % (im Vorjahr 2,5 %).

Der Bestand stieg auf 118.224 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 466,9 Mio. Euro (+ 3,5 %).

### **Beiträge**

Die verdienten Beiträge erreichten insgesamt den Betrag von 18,2 Mio. Euro im Vergleich zu 17,8 Mio. Euro im Vorjahr. Dies entspricht einer Steigerung um 2,2 %. Darin enthalten sind Einmalbeiträge in Höhe von 443 Tsd. Euro gegenüber 471 Tsd. Euro im Vorjahr.

### **Leistungen**

Die Leistungen (Aufwendungen für Versicherungsfälle, Rückgewährbeträge, Austrittsvergütungen und Regulierungsaufwendungen einschließlich Überschussbeteiligung) betragen 11,7 Mio. Euro im Vergleich zu 10,7 Mio. Euro im Vorjahr und erhöhten sich damit um 9,6 %.

### **Kosten**

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb betragen insgesamt 1.408 Tsd. Euro gegenüber 1.358 Tsd. Euro im Vorjahr. Die Erhöhung der Abschlussaufwendungen entspricht der Steigerung des Neugeschäfts. Die Reduktion der Verwaltungsaufwendungen ist wesentlich durch die Veränderung der Pensionsrückstellung bedingt.

Der Verwaltungskostensatz – gemäß dem Kennzahlenkatalog für die Lebensversicherungsunternehmen – lag damit bei 2,3 % der gebuchten Beiträge (im Vorjahr 2,6 %).

### **Kapitalanlagen**

Die RWSt hat die Entwicklung an den Kapitalmärkten genutzt und durch ein konservatives, renditeorientiertes Kapitalanlagenportfolio die an ihre Kunden gegebenen Leistungsversprechen erfüllt. Zudem profitierte die RWSt von den Vorteilen als Unternehmen eines internationalen Versicherungskonzerns, um die zur Verfügung stehenden Mittel in Kapitalanlagen mit attraktiven Konditionen zu investieren.



Die Kapitalanlagen der RWSt erhöhten sich im Berichtsjahr von 161,0 Mio. Euro um 5,3 % auf 169,5 Mio. Euro. Den Schwerpunkt bildeten weiterhin festverzinsliche Wertpapiere sowie Schuldscheindarlehen und Namenspapiere. Derivative Finanzinstrumente zur Absicherung von Währungsrisiken, Zinsrisiken und Börsen-, Marktpreis- oder sonstigen Preisschwankungen wurden im Geschäftsjahr nicht eingesetzt.

Die Bewertungsreserven als Differenz zwischen dem aktuellen Marktwert und dem Buchwert beliefen sich zum 31. Dezember 2012 auf 18,8 Mio. Euro (2011: +4,6 Mio. Euro) und beziehen sich nahezu vollständig auf Schuldscheindarlehen, Namensschuldverschreibungen, Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere. Die Erhöhung der Bewertungsreserven gegenüber dem Vorjahr resultiert aus der Marktzinsveränderung für die verzinslichen Vermögenswerte. Diese führte zu steigenden Kursen bei den im Bestand befindlichen Rententiteln.

### Struktur der Kapitalanlagen

In Tsd. Euro

	Buchwerte 2012	Anteil am Bestand	Zeitwerte 2012	Buchwerte 2011	Anteil am Bestand	Zeitwerte 2011
- Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	323	0,19%	374	334	0,21%	374
- Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	52.519	30,98%	56.081	43.024	26,73%	42.500
- Namensschuldverschreibungen	25.073	14,79%	29.215	25.000	15,53%	27.346
- Schuldscheinforderungen und Darlehen	83.203	49,08%	94.972	83.253	51,73%	89.216
- übrige Ausleihungen	7.999	4,72%	7.357	8.000	4,97%	4.726
- Einlagen bei Kreditinstituten	400	0,24%	400	1.340	0,83%	1.340
<b>Summe</b>	<b>169.516</b>	<b>100,0%</b>	<b>188.399</b>	<b>160.951</b>	<b>100,0%</b>	<b>165.502</b>

### Struktur der Zugänge

In Tsd. Euro

	Zugänge 2012	Abgänge 2012	Nettozugang 2012
- Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	9.583	88	9.495
- Namensschuldverschreibungen	86	13	73
- Schuldscheinforderungen und Darlehen	23	73	-50
- übrige Ausleihungen	0	1	-1
- Einlagen bei Kreditinstituten	0	940	-940
<b>Summe</b>	<b>9.692</b>	<b>1.115</b>	<b>8.577</b>

### Kapitalerträge

Die laufenden Erträge aus Kapitalanlagen stiegen durch den erhöhten Kapitalanlagebestand von 6.190 Tsd. Euro im Vorjahr auf 7.387 Tsd. Euro im Berichtsjahr. Das Kapitalanlageergebnis konnte von 5.942 Tsd. Euro auf 7.169 Tsd. Euro gesteigert werden.

Die laufende Verzinsung betrug 4,34 % (im Vorjahr 3,84 %). Die Nettoverzinsung belief sich auf 4,34 % (im Vorjahr 3,84 %).

## **Einfluss der wesentlichen Gewinn- und Verlustquellen**

Risikoverlauf und Ertrag der Kapitalanlagen bestimmten im Wesentlichen das Geschäftsergebnis. Die tatsächlichen Aufwendungen für die ausgezahlten Sterbegelder lagen bei 52,6 % (im Vorjahr 51,1 %) der nach den Rechnungsgrundlagen des Sterbegeldtarifs zu erwartenden Summe. Der laufende Ertrag aus den Kapitalanlagen überstieg die rechnungsmäßigen Zinsen. Die tatsächlichen Abschlussaufwendungen sind durch die eingerechneten Abschlusskosten gedeckt, die Verwaltungsaufwendungen blieben deutlich unterhalb der rechnungsmäßig zur Verfügung stehenden Mittel.

## **Geschäftsergebnis**

Im Berichtsjahr wurde ein Jahresüberschuss von 300 Tsd. Euro erzielt, der aufgrund des Gewinnabführungsvertrages an die AXA Konzern AG, Köln, als Rechtsnachfolgerin der AXA Beteiligungsgesellschaft mbH, Köln, abgeführt wurde. Der Bilanzgewinn in Höhe von 90 Tsd. Euro resultiert aus dem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr. Der Hauptversammlung soll vorgeschlagen werden, diesen Betrag auf neue Rechnung vorzutragen.

## Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Einschätzungen der zukünftigen Entwicklung unseres Unternehmens beruhen in erster Linie auf Planungen, Prognosen und Erwartungen. Dementsprechend kommen insbesondere in der Berichterstattung über die Risiken und die künftige Entwicklung unserer Gesellschaft allein unsere Annahmen und Ansichten zum Ausdruck.

Wie durch § 64a des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) gefordert, verfügen wir über ein der Größe unserer Gesellschaft angemessenes Risikomanagementsystem.

Als Risiko wird gemäß den Mindestanforderungen an das Risikomanagement für Versicherungsunternehmen (MaRisk VA) die Möglichkeit des Nichterreichens eines explizit formulierten oder sich implizit ergebenden Zieles verstanden. Dies schließt die Risikodefinition des Deutschen Rechnungslegungsstandards zur Risikoberichterstattung (DRS 5) ein, innerhalb dessen Risiken als die Möglichkeit einer negativen künftigen Entwicklung der wirtschaftlichen Lage im Vergleich zur Situation am Bilanzstichtag definiert sind.

Grundsätzlich kann zwischen folgenden Risiken unterschieden werden:

- versicherungstechnische Risiken,
- Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft,
- Risiken aus Kapitalanlagen,
- operationale und sonstige Risiken.

Im Folgenden werden unsere Organisationseinheiten des Risikomanagements und der Risikomanagementprozesse aufgezeigt. Darüber hinaus wird unsere Risikosituation im Wesentlichen anlehnd an den Deutschen Rechnungslegungsstandard zur Risikoberichterstattung von Versicherungsunternehmen (DRS 5-20) dargestellt.

## Organisationseinheiten des Risikomanagements

Das Risikomanagement unserer Gesellschaft ist in das konzernweite Risikomanagementsystem der AXA Deutschland eingebunden.

Aufgrund der Komplexität des Versicherungsgeschäftes ist die Risikomanagementfunktion unserer Gesellschaft auf verschiedene Organisationseinheiten und Gremien verteilt. Kontrollgremium ist der Aufsichtsrat als den Vorstand überwachendes Organ. Der Vorstand wie auch das Audit & Risk Committee (ARC) sind zuständig für die risikopolitische Ausrichtung unserer Gesellschaft sowie die Implementierung eines funktionierenden angemessenen Risikomanagements und dessen Weiterentwicklung. Darüber hinaus werden im ARC unter anderem Compliance-Themen behandelt sowie Rechts- und Revisionsthemen mit Risikobezug. Das ARC ist das Nachfolgegremium des Risikokomitees und tagte zum ersten Mal im vierten Quartal 2012. Die Risikorunde ist das zentrale Kommunikationsgremium für Risikothemen auf Geschäftsbereichsebene. Bei der Risikorunde liegt besondere Aufmerksamkeit auf der Förderung der Risikokultur über die zentrale Risikomanagementorganisation. Darüber hinaus existiert das Compliance and Operational Risk Committee als zentrales Kommunikationsgremium für Themen zu Compliance-Themen, operationalen Risiken, Reputationsrisiken und sonstigen Rechtsrisiken. Zusätzlich werden risikorelevante Themen in diversen Spezialgremien, wie zum Beispiel dem Internal Model Committee, dem Local Risk Reinsurance Committee, dem Asset Liability Committee, dem Kapitalanlageausschuss, und weiteren Gremien besprochen.

Zur Risikomanagementfunktion gehörende Organisationseinheiten sind

- der Bereich Value & Risk Management (zentrales Risikomanagement),
- die Risikoverantwortlichen für die Steuerung und Kontrolle der Risiken in ihrem jeweiligen Unternehmensbereich (dezentrales Risikomanagement),
- der dezentrale Risikomanager pro Ressort für die Koordination aller risikorelevanter Themen innerhalb des Ressorts und
- der Verantwortliche Aktuar.

Der Chief Risk Officer der AXA Deutschland stellt die zeitnahe Kommunikation risikorelevanter Themen durch regelmäßige Berichterstattung an das ARC innerhalb der Gremiensitzungen beziehungsweise ad hoc sicher.

## **Risikomanagementprozess**

Das Risikomanagement unserer Gesellschaft erfolgt unter Beachtung gesetzlicher, aufsichtsrechtlicher und innerbetrieblicher Vorgaben. Der Risikomanagementprozess setzt sich aus Risikoidentifikation, Risikoanalyse und -bewertung, Risikosteuerung und -überwachung sowie Risikokommunikation und -berichterstattung zusammen.

**Risikoidentifikation:** Die regelmäßige Risikoidentifikation erfolgt innerhalb der ARC-Sitzungen, im Rahmen der strategischen Planung, der Aktualisierung der Risikostrategie und des Materialitätsprozesses, unter anderem durch die Aktualisierung der Risikopolicen und der Dokumentation und Beschreibung operationaler Risiken. Durch die Risikopolicen werden die identifizierten wesentlichen Risiken inklusive deren aufbau- und ablauforganisatorischen Regelungen dokumentiert.

Darüber hinaus ist die Risikoidentifikation im Rahmen von Prüfungen der Internen Revision möglich. Risiken neuer Kapitalmarkt- und Versicherungsprodukte werden im Rahmen des standardisierten New Product Process (NPP) bzw. Product Approval Process (PAP) vom Bereich Value & Risk Management unabhängig auf alle wesentlichen internen und externen Risikoeinflussfaktoren untersucht sowie deren Auswirkungen auf das Gesamtrisikoprofil bewertet. Des Weiteren gibt es zur Identifikation operationaler Risiken einen jährlichen Risikoerhebungsprozess auf Basis einer Befragung der Vorstandsmitglieder und des Topmanagements sowie einer Bewertung durch die jeweiligen operativen Ansprechpartner. Darüber hinaus erfolgt die Risikoidentifikation infolge einer Meldung eingetretener Risiken zur Aufnahme in die Verlustdatensammlung für operationale Risiken, im Rahmen des Information Risk Management Prozesses (IRM) oder durch das Risk Identification and Assessment (RIA) im Rahmen des Business Continuity Managements.

Die vollständige Erfassung aller Risiken erfolgt in der Risikodatenbank. Hierbei werden sowohl die Bewertungen der Operationalen und Sonstigen Risiken als auch die Risikopolicen erfasst.

**Risikoanalyse und -bewertung:** Aufbauend auf den Ergebnissen der Risikoidentifikation erfolgt eine Analyse und Bewertung der Risiken. Ergebnis der Risikoanalyse und -bewertung ist das Risikoprofil des Unternehmens. Somit können identifizierte Risiken ihrer Wesentlichkeit nach eingeordnet werden. Dadurch wird sichergestellt, dass Risiken mit wesentlicher Auswirkung auf die Wirtschafts-, Finanz- oder Ertragslage des Unternehmens identifiziert und angemessene Steuerungsmaßnahmen/-strategien definiert werden können.

Bei der Risikobewertung wird eine quantitative Einschätzung für die einzelnen Risiken sowie für das gesamte Risikoportfolio unter Berücksichtigung der bereits bestehenden Steuerungsmaßnahmen abgegeben. Die übergreifende quantitative Risikobewertung erfolgt anhand des ökonomischen Risikokapitalmodells und der dort definierten und eingesetzten Bewertungsmethoden. Für Risikoarten, für die eine quantitative Risikomessung nicht sinnvoll oder möglich ist, wird eine qualitative Beurteilung vorgenommen.

Neben qualitativen und quantitativen Methoden werden bei der Risikobewertung für ausgewählte Risiken situationsbedingt auch Sensitivitätsanalysen, Szenarioanalysen und Stresstests mit unterschiedlichen Zeithorizonten herangezogen.

**Risikosteuerung und -überwachung:** Die Risikosteuerung umfasst das Ergreifen von Maßnahmen zur Risikobewältigung in unserer Gesellschaft. Unter Risikosteuerung wird die Umsetzung entwickelter Konzepte und Prozesse im Einklang mit der von der Geschäftsleitung vorgegebenen Risikostrategie verstanden. Dadurch werden Risiken entweder bewusst akzeptiert, vermieden, vermindert oder transferiert. Durch regelmäßige Überwachung der Risiken anhand eines Soll-Ist-Abgleichs, zum Beispiel im Rahmen des implementierten Limitsystems, werden Gefahren frühzeitig erkannt. Somit wird ein Gegensteuern ermöglicht. Die Entscheidung, welche Maßnahme im speziellen Fall durchgeführt wird, erfolgt durch Abwägung des Risiko-/Ertragsprofils sowie durch Überwachung der Limite der Verlust- und Risikoindikatoren. Die Risikosteuerung erfolgt immer durch die Geschäftsleitung gemäß ihrer Bereitschaft, bestimmte Risiken zu übernehmen. Dabei müssen jedoch das Risikoprofil und die Risikotragfähigkeit strikt beachtet werden. Schließlich wird in Verbindung mit einer angemessenen Berichterstattung beziehungsweise Eskalation die Einhaltung der Risikostrategie sichergestellt.

**Risikokommunikation und -berichterstattung:** Das sich aus Risikoanalyse und Bewertung ergebende Risikoprofil wird gegenüber dem Vorstand kommuniziert, sodass dieser bei der Festlegung des Risikoappetits das aktuelle Risikoprofil beachten kann. Ziel der Risikoberichterstattung ist die Bereitstellung aller erforderlichen Risikoinformationen zur Einschätzung des unternehmensindividuellen Risikos unter Berücksichtigung aufsichtsrechtlicher und interner Steuerungsanforderungen.

Neben der Ergebnisberichterstattung zum ökonomischen Risikokapital werden auf Konzernebene regelmäßig ein Risikobericht und ein ORSA (Own Risk and Solvency Assessment)-Bericht verfasst. Diese werden den Vorständen der Versicherungsgesellschaften vorgelegt und an das dezentrale Risikomanagement, das ARC und die Aufsichtsbehörde übermittelt. Zusätzlich sind Ad-hoc-Berichterstattungspflichten, beispielsweise bei Erreichen definierter Schwellenwerte, implementiert. Risikorelevante Themen werden darüber hinaus im Rahmen des regelmäßig zusammenkommenden ARC besprochen, nachdem sie zuvor im Rahmen der weiteren Gremien diskutiert wurden.

## **Versicherungstechnische Risiken**

Die RWSt betreibt als Sterbekasse ausschließlich die Sterbegeldversicherung.

Die spezifischen Risiken aus dem Lebensversicherungsgeschäft aus Unternehmenssicht sind biometrische Risiken, Risiken aus Kundenverhalten sowie Kosten- und Zinsgarantierisiken. Ferner bestehen noch spartenspezifische Risiken aus Rechtsprechung und Gesetzgebung.

## **Biometrische Risiken**

Biometrische Risiken entstehen aus Veränderungen biometrischer Annahmen zur Sterblichkeit. Sinkende Sterblichkeiten, bewirkt z.B. durch verbesserte medizinische Versorgung, führen bei Sterbegeldversicherungen zu einer Erhöhung der Sicherheitsmarge. Eine Erhöhung der Sterblichkeit, etwa hervorgerufen durch Epidemien, hätte wiederum einen gegenläufigen Effekt.

Die RWSt steuert biometrische Risiken durch ihre Produktgestaltung und Zeichnungspolitik. Im Rahmen des Prozesses zur Gestaltung neuer bzw. Anpassung bestehender Produkte werden Risiken identifiziert, bewertet und es wird, sofern notwendig, eine Anpassung der Produktkalkulation vorgenommen. Durch die Zeichnungspolitik wird eine risikogerechte Tarifierung sichergestellt.

Für die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen werden die im von der Aufsichtsbehörde genehmigten Geschäftsplan festgelegten Sterbetafeln verwendet. Alle in den Versicherungsverträgen zugesagten Leistungen werden dem Grundsatz der Vorsicht entsprechend berücksichtigt. Durch regelmäßige Überprüfung der Deckungsrückstellungen wird ein möglicher Anpassungsbedarf frühzeitig erkannt. Sie enthalten nach Einschätzung des Verantwortlichen Aktuars für die Gesellschaft angemessene Sicherheitsspannen. Die Entwicklung der Sterblichkeit wird auch weiterhin laufend analysiert.

## **Risiken aus Kundenverhalten**

Risiken aus dem Verhalten von Versicherungsnehmern resultieren vor allem aus dem Stornorisiko.

Rationales Verhalten vorausgesetzt, werden Lebensversicherungskunden, deren Gesundheit sich während der Vertragslaufzeit verschlechtert, mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit kündigen. Hierdurch könnte die Gefahr einer negativen Risikoselektion entstehen. Andererseits kann eine Kapitalmarktentwicklung zu verstärkten Rückkäufen führen, um den ausgezahlten Betrag mit einer höheren Rendite zu reinvestieren. Das sich bei unerwartet hohen Storni ergebende Risiko von Mittelabflüssen kann bei großem Volumen zu Liquiditätsengpässen, einer Beeinträchtigung der Kapitalanlagenstruktur und der Erträge aus den Kapitalanlagen führen.

Die Stornoquoten in der RWSt und in der Branche werden permanent beobachtet. Die Veränderung der Stornoquoten war in der Vergangenheit jedoch begrenzt, so dass das resultierende Risiko als niedrig einzuschätzen ist.

## **Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft**

Die Beitragsforderungen gegenüber Versicherungsnehmern betragen zum Bilanzstichtag 90 Tsd. Euro (2011: 74 Tsd. Euro). Davon entfielen 9 Tsd. Euro (2011: 12 Tsd. Euro) auf Forderungen, die älter als 90 Tage sind. Zur Risikovorsorge wurden die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen an Versicherungsnehmer um Wertberichtigungen von 18 Tsd. Euro (2011: 15 Tsd. Euro) vermindert.

## **Kostenrisiko**

Das Kostenrisiko besteht darin, dass die tatsächlichen Kosten durch die einkalkulierten Kosten dauerhaft nicht finanziert werden können. Die Überwachung des Kostenrisikos erfolgt durch ein umfassendes Kostencontrolling.

## **Zinsgarantierisiko**

Das professionelle Management der Zinsgarantien stellt eine Kernherausforderung im Rahmen des Asset Liability Managements dar. Die bei der Berechnung der Deckungsrückstellung verwendeten Rechnungszinssätze entsprechen dem von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht genehmigten Geschäftsplan.

Die Absenkung des Höchstrechnungszinses von 2,25 % auf 1,75 % für ab dem 1. Januar 2012 neu abgeschlossene Lebensversicherungen gilt für unsere Gesellschaft als Sterbekasse nicht unmittelbar, da die Sterbekassen nicht in den Anwendungsbereich der Deckungsrückstellungsverordnung fallen, wäre aber bei einer Tariferneuerung zu berücksichtigen.

Der durchschnittliche Rechnungszins im Bestand beträgt zur Zeit 3,10 % und liegt damit deutlich unter der Nettoverzinsung der Kapitalanlagen.

## Risiken aus Gesetzesänderungen

Am 25. Juli 2012 erging ein Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs (BGH) gegen einen anderen Versicherer, wonach zum einen ein Stornoabzug ohne Vorliegen einer ordnungsgemäßen Stornoabzugsklausel nicht vorgenommen werden darf und zum anderen die Zillmerung als inhaltlich unangemessen angesehen wurde. Mit Beschluss vom 27. November 2012 stellte der BGH ferner klar, dass ein Stornoabzug auch dann nicht erhoben werden darf, wenn der Rückkaufswert über dem Mindestrückkaufswert liegt. Die BGH-Urteile finden auf die Sterbegeldversicherung der RWSt, die nach von der Aufsichtsbehörde genehmigten Tarifen geschlossen wurden, keine Anwendung.

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat am 6. Februar 2013 ein Grundsatzurteil zum Themenkomplex Ratenzahlungszuschläge gesprochen: Demnach sind Ratenzahlungszuschläge nicht als Kredit im Sinne des Verbraucherkreditrechtes zu qualifizieren. Damit können Versicherungsnehmer weder bereits gezahlte Ratenzahlungszuschläge zurückverlangen, noch können Verträge auf dieser Grundlage widerrufen werden.

Ein weiteres rechtliches Risiko besteht im Hinblick auf die noch nicht abschließend gerichtlich geklärte Frage der Europarechtmäßigkeit von § 5a Abs. 2 Satz 4 VVG a.F. (a.F. = alte Fassung). Es handelt sich um die Frage, ob die nationale gesetzliche Regelung, dass ein Vertrag trotz mangelnder Belehrung spätestens ein Jahr nach Vertragsschluss nicht mehr widerruflich ist, Bestand hat, oder ob alle Verträge, die unter Geltung dieser Regelung mit mangelhafter Belehrung bzw. fehlender Information geschlossen worden sind, „ewig“ widerruflich sind. Hierzu hat am 24. Januar 2013 bereits eine mündliche Verhandlung vor dem EuGH stattgefunden. Ein Ergebnis hat dieser Termin aber nicht gebracht. Eine Prognose, wann das Verfahren abgeschlossen sein wird, ist nicht möglich; jedenfalls ist nicht vor Ablauf von sechs Monaten mit einem Spruch des EuGH zu rechnen. Kommt der EuGH zu dem Ergebnis, dass die Norm rechtswidrig sei, kann der BGH dennoch (im Einzelfall) entscheiden, dass Versicherungsverträge aufgrund ihres Vertragsverlaufs nicht widerruflich sind. Entscheidet sich der BGH infolge einer Europarechtswidrigkeit aber für eine generelle Widerruflichkeit der Verträge, könnte das folgende Rechtsfolgen haben:

### 1.) Rückabwicklung

Die Beiträge widerrufener Verträge (abgeschlossen bis zum 31. Dezember 2007 nach VVG a.F.) könnten (zumindest für die letzten drei Jahre) verzinst zurückgefordert werden.

### 2.) § 9, 152 VVG n.F. (n.F. = neue Fassung)

Die Übergangsvorschriften zum neuen VVG bestimmen, dass auch auf Altverträge seit dem 1. Januar 2009 das neue VVG Anwendung findet. Demnach könnten sich die Rechtsfolgen für nach diesem Datum abgegebene Widerrufserklärungen nach § 9, 152 VVG n.F. richten, das heißt Erstattung der Beiträge für die Zeit nach Widerruf (pro rata temporis-Abrechnung) und – je nach dem, was für den Versicherungsnehmer günstiger ist – Auskehrung des Rückkaufswerts oder Erstattung des Beitrags für das erste Jahr.

### 3.) Einzelfallentscheidung

Unseres Erachtens gibt es je nach Vertragsverlauf viele Argumente, die dafür sprechen, eine Widerruflichkeit im Einzelfall abzulehnen: Das Widerrufsrecht kann wegen vom Kunden veranlasster Geschäftsvorfälle oder schon wegen mehrjähriger unbeanstandeter Beitragszahlung verwirkt sein.

In Deutschland wird das EuGH-Urteil zu den Unisex-Tarifen voraussichtlich bis Sommer 2013 durch Aufhebung des bisherigen § 20 Abs. 2 Satz 1 AGG umgesetzt. Auch wenn die Umsetzung des Unisex-Urteils nicht fristgerecht bis zum 21. Dezember 2012 durch den deutschen Gesetzgeber erfolgte, bleibt es – auch nach Einschätzung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) – dabei, dass ab dem 21. Dezember 2012 für Neuverträge Unisex-Tarife angeboten werden müssen.

## Risiken aus Kapitalanlagen

Unsere Gesellschaft verwaltet 170 Mio. Euro (2011: 161 Mio. Euro) Kapitalanlagen. Diese werden unter strikter Beachtung der gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen und innerbetrieblichen Richtlinien in einem strukturierten Prozess angelegt. Unter Gesamtrisikobetrachtung soll eine gleichzeitige Sicherstellung der Anlageziele Sicherheit, Rentabilität und Liquidität der Kapitalanlagen erreicht werden. Dieses wird unter anderem durch eine ausgewogene Diversifikation und strikte Begrenzung von Konzentrationsrisiken gewährleistet.

Mit der Kapitalanlage sind unvermeidbar signifikante Risiken verbunden, die durch die im Anlageprozess eingebauten Kontrollen und andere risikomindernde Maßnahmen bewusst eingegangen werden. Zum Erhalt bzw. Ausbau der notwendigen Risikotragfähigkeit werden die Risiken der Kapitalanlagen aktiv gesteuert und fortlaufend an das jeweilige Kapitalmarktumfeld angepasst.

Die Kapitalanlagerisiken werden in Markt-, Kredit-, Konzentrations- und Liquiditätsrisiken unterteilt:

### Marktrisiken:

Die Marktpreisrisiken unserer Gesellschaft beruhen im Wesentlichen auf festverzinslichen Anlagen.

Die Auswirkungen auf die Marktwerte der Kapitalanlagen werden in möglichen Risikoszenarien analysiert. Hierfür werden die Marktwertschwankungen von Zinsprodukten simuliert.

Die folgende Übersicht zeigt auf, wie sich eine Änderung der Marktzinsen kurzfristig auswirken würde:

Renditeänderung des Rentenmarktes	Veränderung des Marktwertes der Kapitalanlagen
Anstieg um 200 Basispunkte	- 22,4 Mio. Euro
Anstieg um 100 Basispunkte	- 11,8 Mio. Euro
Sinken um 100 Basispunkte	+ 12,2 Mio. Euro
Sinken um 200 Basispunkte	+ 20,4 Mio. Euro

Unser Portfolio besteht im Wesentlichen aus festverzinslichen Papieren, daher reagiert der Marktwert stark auf Veränderungen des Zinsniveaus. Bereits ein Anstieg der Marktzinsen um 100 Basispunkte würde in einem deutlichen Rückgang unserer Bewertungsreserven resultieren.

Das im historischen Vergleich sehr niedrige Zinsniveau führt bei der Wiederanlage frei gewordener Mittel zur Belastung der zukünftigen Ertragslage.

Wir verfolgen die Entwicklung der Kapitalmärkte sehr genau. Sollten sich die zuvor gezeigten negativen Szenarien im laufenden Geschäftsjahr ganz oder teilweise einstellen oder am Bilanzstichtag vorliegen, werden wir entsprechende Maßnahmen ergreifen. Diese beinhalten unter anderem mögliche Abschreibungen auf die nachhaltigen Werte einzelner Kapitalanlagen, den selektiven Verkauf einzelner Titel und den optionalen Einsatz von Wertsicherungsmaßnahmen, um die Portfolios kurzfristig gegen weitere Wertverluste abzusichern.

### Kreditrisiken:

Das Kreditrisiko umfasst die Insolvenz, den Zahlungsverzug und die Bonitätsverschlechterung des Schuldners beziehungsweise Emittenten von festverzinslichen Wertpapieren, Darlehen und Derivaten.

Zur Reduktion des Kreditrisikos werden hauptsächlich Investitionen beziehungsweise Darlehensvergaben bei Emittenten und Schuldern mit einer guten bis sehr guten Bonität getätigt. Die Einstufung der Bonität von Emittenten festverzinslicher Wertpapiere erfolgt entweder mit Hilfe von Ratingagenturen oder nach einheitlichen internen Maßstäben und wird mit kontinuierlichen Kontrollprozessen überprüft.

Zusätzlich zur Überwachung der Ratings nehmen wir in Zusammenarbeit mit Organisationseinheiten der AXA Gruppe und den von uns mandatierten Vermögensverwaltern Detailanalysen zu potenziell ausfallgefährdeten Wertpapieren vor, auf deren Basis dann über risikomindernde Maßnahmen entschieden wird. Für diese Analysen werden alle im Markt vorhandenen Informationen herangezogen.



Einlagen bei Kreditinstituten erfolgen ausnahmslos bei Banken, die über ein Investment Grade Rating verfügen.

Das Einzelengagement unterliegt der regelmäßigen Überwachung. Mit Hilfe unserer Kontrollverfahren für den Zins- und Tilgungsdienst sowie unseres Mahnverfahrens erhalten wir einen detaillierten Überblick über ausstehende Zahlungen.

Durch die Krise an den Finanzmärkten und die Verschlechterung der allgemeinen Wirtschaftslage hat sich das Kreditrisiko in den vergangenen Jahren signifikant erhöht. Auch unsere Gesellschaft hält Kapitalanlagen, deren Bonität vor dem Hintergrund der Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise in der Öffentlichkeit diskutiert wurde und die teilweise von signifikanten Spread-Ausweitungen betroffen sind.

Staatsanleihen von Spanien, Italien, Irland, Griechenland und Portugal, deren Risiken im Rahmen der europäischen Schuldenkrise diskutiert werden und deren Spreads sich in den vergangenen Jahren teilweise deutlich ausgeweitet haben, befinden sich jedoch nicht im Bestand.

Unsere Gesellschaft hält Fremdkapitalinstrumente, die von nationalen und internationalen Banken sowie sonstigen Unternehmen außerhalb des Finanzsektors emittiert wurden (ca. 12 % der Kapitalanlagen auf Marktwertbasis). Dieses Exposure wird direkt gehalten und enthält zu einem geringen Teil auch Instrumente von niedriger Seniorität wie nachrangige Darlehen oder Genussscheine. Die überwiegende Mehrheit der Unternehmensanleihen ist im Bereich Investment Grade geratet.

Der größte Teil unserer Rentenbestände ist besichert bzw. von öffentlichen Emittenten ausgegeben und daher nur einem minimalen Ausfallrisiko ausgesetzt. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass sich in der Zukunft die Bonität einzelner Emittenten verschlechtert und damit Abschreibungsbedarf entstehen könnte.

### **Konzentrationsrisiken:**

Konzentrationsrisiken entstehen, wenn Unternehmen hohe einzelne Risiken oder stark korrelierte Risiken eingehen und daraus hohe Ausfallverluste resultieren können. Bei der Kapitalanlage entstehen Konzentrationsrisiken, wenn Investitionen in einzelne Kapitalanlageprodukte oder Emittenten oberhalb definierter Grenzen durchgeführt werden. Aus diesem Grunde stehen Konzentrationsrisiken im engen Zusammenhang mit Markt- und Kreditrisiken und werden durch die Definition von Limiten auf Einzelpositionen und den Einsatz von Derivaten gesteuert und regelmäßig überwacht.

### **Liquiditätsrisiken:**

Aufgrund der vorab vereinnahmten sowie verzinslich und liquide angelegten Beiträge ist das Liquiditätsrisiko für Versicherungsunternehmen grundsätzlich gut steuerbar. Wir tragen dem Risiko unzureichender Liquidität durch eine mehrjährige Planung der Zahlungsströme Rechnung. Zusätzlich erfolgt für einen rollierenden Zwölfmonatszeitraum eine Prognose auf Monatsbasis. Für die Überwachung des Liquiditätsrisikos wird darüber hinaus ein Liquiditätsstresstest durchgeführt.

Insgesamt wird bei der Kapitalanlage auf einen hohen Anteil liquider und fungibler Kapitalanlagen geachtet, damit wir den Verpflichtungen gegenüber unseren Versicherungskunden jederzeit nachkommen können. Bei einem eventuell auftretenden unvorhergesehenen Liquiditätsbedarf wird konzernintern Liquidität zur Verfügung gestellt.

### **Risikosteuerung der Kapitalanlagen**

Innerhalb des AXA Konzerns sind umfassende Governance-Strukturen, Steuerungsmaßnahmen und Richtlinien zur Risikosteuerung der Kapitalanlagen implementiert. Das Asset Liability Management-Komitee schlägt die Kapitalanlagestrategie vor, der Vorstand entscheidet hierüber. Der Kapitalanlagenausschuss implementiert und überwacht die strategische Aufteilung der Kapitalanlagen nach Kapitalanlagearten (Asset Allocation) und die Einhaltung vorgegebener Limitsysteme. Darüber hinaus gilt eine umfassende interne Richtlinie (Investment Guidelines) für alle Kapitalanlagen. Die aufsichtsrechtlichen Vorschriften zur Mischung und Streuung werden eingehalten. Zusätzlich werden Konzentrationsrisiken durch das gruppenweite Risikomanagement monatlich ausgewertet und überwacht.

Ziel des strukturierten Anlageprozesses ist es, die Risiken in den Portfolios durch systematische und

kontrollierte Abläufe zu steuern. Anlageentscheidungen werden auf Basis von Asset Liability Management-Analysen vor dem Hintergrund der versicherungstechnischen Verpflichtungen, der Bewertungsreserven und der Eigenkapitalausstattung getätigt. Im Rahmen der strategischen und taktischen Asset Allocation bestehen prozentuale Begrenzungen für die einzelnen Anlageklassen. Zusätzlich werden Limite für Bonität, Einzelemittenten und die Duration des festverzinslichen Portfolios definiert und überwacht. Bei der Risikoeinschätzung wird dabei von einem dem jeweiligen Risiko adäquaten Prognosezeitraum ausgegangen. Zur Bewertung der Anlagerisiken steht eine Vielzahl von Risikomanagement-Instrumenten zur Verfügung.

Im Rahmen der regelmäßig stattfindenden Sitzungen des Asset Liability Management-Komitees und des Kapitalanlageausschusses wird das Kreditrisiko des Gesamtportfolios sowie einzelner Anlageklassen und kritischer Emittenten unter der systematischen Teilnahme des Chief Investment Officer und des Finanzvorstandes besprochen. Der Vorstandsvorsitzende und die Spartenvorstände des AXA Konzerns sind ebenfalls Mitglieder dieses Komitees.

Das Audit Committee wird regelmäßig über die aktuellen Entwicklungen und die Risikosituation des Konzerns und der Einzelgesellschaften informiert.

### **Operationale und sonstige Risiken**

Operationale Risiken beinhalten Verluste aufgrund von unzulänglichen oder fehlgeschlagenen internen Prozessen sowie aus mitarbeiter-, systembedingten oder externen Vorfällen.

Unsere Gesellschaft bzw. AXA Deutschland unterscheidet hierbei die Risikokategorien Interner Betrug, Externer Betrug, Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitssicherheit, Kunden-, Produkt- und Geschäftspraxis, Schäden an der Betriebs- und Geschäftsausstattung, Betriebsunterbrechung und Versagen von Systemen, Durchführungs-/Produkt-/Leistungs-/Prozessmanagement. Als risikobewusstes Versicherungsunternehmen hat AXA Deutschland Prozesse und Systeme zur Identifizierung, Bewertung und Steuerung der operationalen Risiken entwickelt und strebt deren Zertifizierung im Rahmen von Solvency II zum frühestmöglichen Zeitpunkt an.

Seit 2010 führt AXA Deutschland eine Sammlung von Daten aus operationalen Verlusten durch. Die Methoden und Prozesse werden ständig weiterentwickelt. 2012 wurden wesentliche Meilensteine in der Modellierung zur Erlangung der Solvency II-Zertifizierung erreicht. Bereits jetzt sind die operationalen Risiken in das Interne Kontrollsystem integriert. Für die Identifizierung, Analyse und Steuerung von Risiken im Zusammenhang mit Outsourcing-Verhältnissen ist ein Standard definiert, welcher vorsieht, dass im Vorfeld einer Auslagerung auf Basis einer Risikoanalyse bewertet wird, ob Aktivitäten und Prozesse ausgelagert werden können und sollen.

Das Risikoprofil der AXA Deutschland ist bezüglich operationaler Risiken insgesamt stabil geblieben, ein leichter Anstieg resultiert aus Modellveränderungen. Dominante Themen sind wie im Vorjahr ausstehende Gerichtsentscheidungen und Änderungen von Gesetzesvorhaben.

Unternehmensgefährdende Risiken aus Schäden an der Betriebs- und Geschäftsausstattung, aus Systemausfällen und anderen Katastrophenereignissen werden im Rahmen des Business Continuity Managements gesteuert. Notfallprozesse werden organisiert und alle notwendigen Präventivmaßnahmen zum Zweck der Unternehmenssicherheit ergriffen. Durch die Setzung verbindlicher Standards mit Fokus auf die operationalen Risiken sollen mögliche Negativfolgen reduziert und der wirtschaftliche Fortbestand der AXA jederzeit garantiert werden.

Diese Standards hat AXA Deutschland im Geschäftsjahr 2012 aktualisiert. Der Roll-out neuer Organisationsstrukturen und Prozesse wurde gestartet. Diese sehen vor, dass interne und externe Bedrohungen, die eine Unterbrechung der Geschäftsprozesse zur Folge haben könnten, regelmäßig beurteilt werden. Diese Risikoeinschätzung erfüllt im Wesentlichen vier Aufgaben:

- Sammlung aller Informationen zur Priorisierung der Produkte, Dienstleistungen und somit Geschäftseinheiten im Rahmen der Prozesse Business Impact Analyse und Risk Identification and Assessment (RIA)
- Untersuchung und Bewertung verschiedener Strategieoptionen mit dem Ziel, wichtige Produkte und Dienstleistungen auch im Notfall bereitstellen zu können
- Entwicklung und Implementierung einer Business Continuity-Reaktion, vor allem in Form von Notfallplänen

- Übung und Pflege der Business Continuity Management-Vorkehrungen

Auch strategische, Reputations- und weitere Rechtsrisiken werden permanent eng überwacht, das Instrumentarium insbesondere an präventiven Maßnahmen ständig überprüft und erweitert.

## **Kapitalmanagement und Solvabilität**

Die Steuerung der Kapitalbasis erfolgt nach den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen. Ziel ist, die jederzeitige Erfüllung der versicherungsvertraglichen Verpflichtungen sicherstellen zu können – selbst wenn im Extremfall die hierfür gebildeten versicherungstechnischen Rückstellungen unzureichend wären. Für die Bereitstellung des entsprechenden Eigenkapitals wird eine angemessene Verzinsung angestrebt.

Für die Solvabilität der RWSt wurden alle aufsichtsrechtlichen Anforderungen erfüllt. Der Bedeckungssatz für 2012 betrug 163,3% (Vorjahr 190,1%). Die zur Bedeckung vorhandenen Eigenmittel beliefen sich 2012 auf 11,8 Mio. Euro (2011: 13,0 Mio. Euro).

Ziel der Solvency II-Richtlinie der EU-Kommission ist es, das Versicherungsaufsichtsrecht auf europäischer Ebene neu und einheitlich zu regeln. Hierzu gehört zum einen die Neuregelung der Solvenzanforderungen auf Basis risikoorientierter Kapitalmodelle (Säule I). Zum anderen wird ein prinzipienbasierter Anforderungskatalog an das Risikomanagement der Versicherungsunternehmen definiert, sodass die neuen Regelungen zur risikobasierten Eigenmittelvorschrift durch qualitative Anforderungen ergänzt werden (Säule II). Darüber hinaus werden Veröffentlichungspflichten und Berichterstattung gegenüber der Aufsichtsbehörde definiert (Säule III). Die Solvency II-Regelungen wurden im EU-Parlament im Jahr 2009 verabschiedet. Der Solvency II-Richtlinie vorgehend, wurde die nationale Umsetzung von Teilen der Solvency II-Rahmenrichtlinie (Säule II) bereits durch die zum Jahresbeginn 2008 in Kraft getretene VAG-Novelle (§ 64a VAG und § 55c VAG, VAG = Versicherungsaufsichtsgesetz) sowie das Rundschreiben 3/2009 (VA) der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) - Aufsichtsrechtliche Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk VA) begonnen. Dem folgten mit § 64b VAG und der Versicherungs-Vergütungsverordnung (VersVergV) weitere Ergänzungen im Jahr 2010.

Die für 2012 erwarteten Änderungen der Solvency II-Rahmenrichtlinie durch die Omnibus II-Richtlinie stehen weiterhin aus. Stattdessen wurde das Datum des Inkrafttretens von Solvency durch die Quickfix-Richtlinie aus dem Juli 2012 auf den 30. Juni 2013 verschoben („Scharfschaltung“ 1. Januar 2014). Politische Diskussionen auf europäischer Ebene schließen weitere Verschiebungen im Zeitplan nicht aus. Dies wirkt sich auch auf die nationale Ebene aus:

Nachdem in der zweiten Jahreshälfte 2011 und ersten Jahreshälfte 2012 die nationale Umsetzung der Solvency II-Rahmenrichtlinie weiter vorangetrieben wurde, hat der Finanzausschuss des Bundestags am 9. Mai 2012 die Beratungen über das zehnte Gesetz zur Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) jedoch vorerst eingestellt. Grund sind die vorausgehend dargestellten Verspätungen beim Gesetzgebungsprozess für die neuen Aufsichtsregeln Solvency II in Brüssel (= Omnibus II-Richtlinie). Zudem wurden in der zweiten Jahreshälfte 2012 bestimmte (zeitkritische) Themen aus der geplanten Novelle herausgelöst und im Rahmen eines anderen Gesetzgebungsverfahrens zeitnah auf den Weg gebracht (z.B. Umsetzung des EuGH-Urteils zu Unisex-Tarifen).

Innerhalb von § 64a VAG werden die Komponenten eines angemessenen Risikomanagements definiert. Das Rundschreiben „Mindestanforderungen an das Risikomanagement VA (MaRisk VA)“ der BaFin konkretisiert die Vorgaben des § 64a VAG. Mit dem Inkraftsetzen des § 55c VAG haben Versicherungsunternehmen den an den Vorstand gerichteten Risikobericht in gleicher Form und mit gleichem Inhalt der Aufsichtsbehörde vorzulegen. § 64b VAG sowie die VersVergV definieren Anforderungen an die Vergütungssysteme von Versicherungsunternehmen.

Derzeit entwickelt die AXA Gruppe ein Modell der ökonomischen Risikokapitalberechnung, das voraussichtlich unter Solvency II als Internes Modell dienen wird. Neben den Anforderungen aus Säule I bereitet sich die AXA Deutschland derzeit ebenfalls intensiv auf die Anforderungen aus Säule II und Säule III vor.

Die RWSt als Sterbekasse unterliegt nicht den geplanten Solvency II Regelungen. Die RWSt hat in 2011 zur unternehmenseigenen Steuerung zusätzlich ein internes Projekt zu Solvency II durchgeführt.

## **Zusammenfassende Darstellung der Risikolage**

Zum jetzigen Zeitpunkt sind keine Risiken bekannt, die den Fortbestand der RWSt gefährden. Die Solvabilität 2012 zeigt gemäß der Berechnung wiederum eine deutliche Überdeckung.

Der bisher mit der AXA Konzern AG bestehende Gewinnabführungsvertrag ist mit Wirkung zum 31.12.2012 aufgehoben worden.

## **Nachtragsbericht**

Die AXA Konzern AG hat mit Kaufvertrag vom 09.11.2012 sämtliche Anteile an der RWSt an die IDEAL Lebensversicherung a.G., Berlin verkauft.

Der Nachrangdarlehensvertrag wurde einvernehmlich nach der Zustimmung der BaFin mit Wirkung zum 15.01.2013 aufgehoben.

Nach dem Schluss des Geschäftsjahres 2012 sind ansonsten bei der RWSt keine Vorgänge eingetreten, die wesentliche Auswirkungen auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft haben.

## **Ausblick und Chancen des Unternehmens**

Für das Winterhalbjahr 2012/ 2013 deutet sich ein Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität an. Hierbei spielt neben den zum Teil schweren Anpassungsrezessionen im Euro-Gebiet auch die Verlangsamung der globalen Konjunktur eine Rolle. Es gibt jedoch die begründete Aussicht, dass Deutschland bald wieder auf einen Wachstumspfad zurückkehrt. Dazu gehört, dass die Weltwirtschaft wieder Fahrt aufnimmt, der Reformprozess im Euro-Raum weiter voranschreitet und größere negative Überraschungen bislang ausblieben. Angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage in Teilen des Euro-Raums und der weit verbreiteten Verunsicherung dürfte das Wirtschaftswachstum allerdings geringer ausfallen als bisher angenommen. So prognostiziert der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung für das Jahr 2013 ein Wirtschaftswachstum von 0,4 Prozent. Die gute Grundkonstitution der deutschen Wirtschaft spricht aber dafür, dass sie die vorübergehende Schwächephase ohne größere Schäden übersteht.

Eine Stabilisierung der Finanzmärkte wird langfristig auch die wirtschaftliche Lage der Privathaushalte, das Konsumverhalten und die Vorsorgebereitschaft positiv beeinflussen. Die positive Beurteilung der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung der deutschen Wirtschaft geben auch der RWSt entsprechende Impulse.

Unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung wird die anhaltende Diskussion zur Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme das Bewusstsein vieler Verbraucher stärken, wie wichtig der Erhalt der privaten Vorsorge durch die Sterbegeldversicherung nach dem Wegfall von Sterbegeldleistungen der gesetzlichen Krankenkassen bzw. aus der Beihilfe für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes weiterhin ist.

Für die RWSt wird sich ab dem Geschäftsjahr 2013 mit dem Wechsel in die IDEAL Gruppe eine veränderte Situation ergeben. Nach der vorläufigen Einstellung des Neugeschäfts im Berichtsjahr konzentriert sich die RWSt im Geschäftsjahr 2013 zunächst auf das Bestandsgeschäft. Damit wird der Bestand und die Beitragseinnahme in den nächsten Jahren zurückgehen.

Durch die Kapitalmarktentwicklung mit erneut stark gesunkenen Zinsen wird bei einer anhaltenden Niedrigzinsphase die Neu- und Wiederanlage der Kapitalanlagen erschwert. Gleichzeitig führt die Erhöhung der stillen Reserven zu einem Anstieg der Auszahlungen an Kunden aus der Beteiligung an Bewertungsreserven. Die Kapitalanlagen der RWSt werden in den nächsten Jahren – auch nach Einstellung des Neugeschäfts – durch den Einnahmeüberschuss voraussichtlich weiter ansteigen. Es ist davon auszugehen, dass die Nettorendite aufgrund der Entwicklung am Kapitalmarkt weiterhin eher leicht rückläufig sein wird und die gesamten Kapitalerträge auch bei steigenden Kapitalanlagen nur langsam ansteigen werden.

Die positiven Ergebnisse in der Kapitalanlage und den biometrischen Risiken sowie die günstigen Verwaltungskosten ermöglichen eine hervorragende Überschussbeteiligung mit der Beibehaltung des Gewinnzuschlags und einer entsprechenden guten Positionierung im Markt. Auch in der Zukunft werden diese Einflussfaktoren die Ergebnisse positiv beeinflussen.

Insgesamt erwarten wir für die RWSt bei rückläufigen Beitragseinnahmen eine positive Entwicklung des Geschäftsergebnisses für das Geschäftsjahr 2013 sowie die Folgejahre.

### **Von uns betriebene Versicherungsarten**

Die einzige von der RWSt betriebene Versicherungsart ist die Sterbegeldversicherung.

Für Tarife, die unterschiedliche Prämien oder Leistungen für Männer und Frauen vorsehen, erfolgt die Kalkulation nach von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Deutschen Aktuarvereinigung e.V. (DAV) anerkannten statistischen und versicherungsmathematischen Daten. Ausführlichere Informationen dazu finden Sie auf der Internetseite [www.axa.de](http://www.axa.de).

### **Zugehörigkeit zu Verbänden**

Die RWSt gehört dem Deutschen Sterbekassen Verband e.V. an.

---

## **Ergebnisabführung und Gewinnverwendungsvorschlag**

---

### **Ergebnisabführung**

Der im Geschäftsjahr 2012 erwirtschaftete Jahresüberschuss in Höhe von 300.000 EUR wurde aufgrund des im November 2009 geschlossenen Gewinnabführungsvertrages an die AXA Konzern AG, Köln, als Rechtsnachfolgerin der AXA Beteiligungsgesellschaft mbH, Köln, abgeführt.

### **Gewinnverwendungsvorschlag**

Aus dem Berichtsjahr besteht noch ein Bilanzgewinn in Form eines Gewinnvortrags in Höhe von 90.000 Euro. Wir schlagen der Hauptversammlung vor, diesen Bilanzgewinn auf neue Rechnung vorzutragen.

## Bilanz zum 31. Dezember 2012

Aktiva	€	€	€	2012 €	2011 €
<b>A Immaterielle Vermögensgegenstände:</b>					
Entgeltliche erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				25.054,00	20.758,00
<b>B. Kapitalanlagen</b>					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			322.800,00		334.000,00
II. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		52.518.690,28			43.024.368,32
2. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	25.072.727,79				25.000.000,00
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	83.203.137,90				83.253.461,21
c) übrige Ausleihungen	<u>7.999.126,20</u>	116.274.991,89			8.000.000,00
3. Einlagen bei Kreditinstituten		<u>400.000,00</u>	169.193.682,17	169.516.482,17	1.340.000,00
<b>C. Forderungen</b>					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an: Versicherungsnehmer					
a) fällige Ansprüche		89.694,20			59.586,75
b) noch nicht fällige Ansprüche		<u>1.998.615,27</u>	2.088.309,47		1.693.286,26
II. Sonstige Forderungen			<u>414.635,12</u>	2.502.944,59	403.705,93
davon an verbundene Unternehmen: 350.817,76 € (Vorjahr: 349.476,98 €)					
<b>D. Sonstige Vermögensgegenstände</b>					
I. Sachanlagen und Vorräte			27.152,31		32.054,00
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			<u>3.171.712,86</u>	3.198.865,17	233.007,41
<b>E. Rechnungsabgrenzungsposten</b>					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			3.706.343,78		3.324.874,04
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			<u>1.780,03</u>	3.708.123,81	87.847,34
				<u>178.951.469,74</u>	<u>166.806.949,26</u>

Passiva	€	€	2012 €	2011 €
<b>A. Eigenkapital</b>				
I. Eingefordertes Kapital				
Gezeichnetes Kapital	6.000.000,00			6.000.000,00
./. nicht eingeforderte ausstehende Einlagen	-3.500.000,00	2.500.000,00		-3.500.000,00
II. Kapitalrücklage		600.000,00		600.000,00
III. Bilanzgewinn		<u>90.000,00</u>	3.190.000,00	90.000,00
davon Gewinnvortrag 90.000,00 € (Vorjahr: 90.000,00 €)				
<b>B. Nachrangige Verbindlichkeiten</b>			2.000.000,00	2.000.000,00
<b>C. Versicherungstechnische Rückstellungen</b>				
I. Beitragsüberträge		265.887,78		269.055,69
II. Deckungsrückstellung		156.042.731,79		146.565.218,08
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		435.508,63		457.562,96
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		<u>16.095.800,74</u>	172.839.928,94	13.645.717,47
<b>D. Andere Rückstellungen</b>				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		144.233,00		211.831,00
II. Steuerrückstellungen		0,00		0,00
III. Sonstige Rückstellungen		<u>146.000,00</u>	290.233,00	127.000,00
<b>E. Andere Verbindlichkeiten</b>				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abge- schlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber				
a) Versicherungsnehmern		94.495,45		119.413,82
b) Versicherungsvermittlern		71.699,93		0,00
davon gegenüber verbundenen Unternehmen: EUR 71.699,93 (Vorjahr: EUR 0,00)				
II. Sonstige Verbindlichkeiten		<u>465.112,42</u>	631.307,80	217.663,93
davon:				
im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 9.417,27 (Vorjahr: EUR 8.649,62)				
gegenüber verbundenen Unternehmen: EUR 442.852,06 (Vorjahr: EUR 200.694,89)				
aus Steuern: EUR 136.827,17 (Vorjahr: EUR 0,00)				
<b>F. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			0,00	3.486,31
			<u>178.951.469,74</u>	<u>166.806.949,26</u>

Ich bescheinige hiermit entsprechend § 73 VAG, dass die im Verzeichnis des Sicherungsvermögens aufgeführten Vermögensanlagen gemäß den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt sind.

Es wird bestätigt, dass die Deckungsrückstellung nach dem genehmigten Geschäftsplan berechnet worden ist.

Essen, den 20. März 2013

Essen, den 20. März 2013

D u s c h a  
Treuhande

M e n g e s  
Verantwortlicher Aktuar



## Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

	€	2012 €	2011 €
<b>I. Versicherungstechnische Rechnung</b>			
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung (f.e.R.)			
a) Gebuchte Bruttobeiträge	18.233.439,70		17.834.840,99
b) Veränderung der Beitragsüberträge	<u>3.167,91</u>	18.236.607,61	2.858,79
2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung		1.711.202,95	1.646.614,87
3. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen			
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	55.875,20		47.713,54
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	<u>7.331.600,96</u>	7.387.476,16	6.142.706,95
4. Sonstige versicherungstechnische Erträge f.e.R.		311.666,63	386.934,09
5. Aufwendungen für Versicherungsfälle f.e.R.			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle	9.997.886,38		9.270.968,41
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle	<u>-22.054,33</u>	9.975.832,05	16.611,44
6. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen			
Deckungsrückstellung		9.477.513,71	11.396.175,17
7. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen f.e.R.		5.702.240,72	4.621.389,30
8. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb f.e.R.			
a) Abschlussaufwendungen	994.631,52		900.039,96
b) Verwaltungsaufwendungen	<u>413.584,64</u>	1.408.216,16	457.873,55
9. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	207.499,97		237.374,47
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	<u>11.200,00</u>	218.699,97	11.200,00
10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen f.e.R.		224.243,15	12.809,29
11. Versicherungstechnisches Ergebnis f.e.R.		<u>640.207,59</u>	<u>-862.772,36</u>
<b>II. Nichtversicherungstechnische Rechnung</b>			
1. Sonstige Erträge	24.290,29		359.826,81
2. Sonstige Aufwendungen	<u>210.638,10</u>	-186.347,81	211.961,43
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		<u>453.859,78</u>	<u>-714.906,98</u>
4. außerordentlicher Aufwand	<u>1.645,00</u>		1.645,00
5. außerordentliches Ergebnis		-1.645,00	-1.645,00
6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	149.386,26		-899.380,50
7. Sonstige Steuern	<u>2.828,52</u>	152.214,78	<u>2.828,52</u>
8. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne		300.000,00	180.000,00
9. Jahresüberschuss		<u>0,00</u>	<u>0,00</u>
10. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		90.000,00	90.000,00
11. Bilanzgewinn		<u>90.000,00</u>	<u>90.000,00</u>

---

## Anhang

---

### Allgemeines

---

Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012 wurden nach den für Versicherungsunternehmen geltenden Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB), des Aktiengesetzes (AktG), des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) erstellt.

### Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

#### Aktiva

Die Bewertung der **Immateriellen Vermögensgegenstände** erfolgte zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer.

**Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken** wurden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet und über die gewöhnliche wirtschaftliche Nutzungsdauer abgeschrieben. Bei einer voraussichtlichen dauerhaften Wertminderung wurde eine außerplanmäßige Abschreibung vorgenommen.

**Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere**, die dem Anlagevermögen zugeordnet waren, wurden entsprechend dem gemilderten Niederstwertprinzip mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. Agio- und Disagioträge wurden planmäßig über die Laufzeit erfolgswirksam erfasst.

Die dauerhafte Wertminderung eines Wertpapiers wird angenommen, wenn der Zeitwert des Wertpapiers einen Werteverfall aufgrund einer wesentlichen Verschlechterung des Ratings / der Bonität eines Emittenten aufzeigte und aus diesem Grund von einem (Teil-) Ausfall des Schuldtitels ausgegangen wird.

Ein niedrigerer Wertansatz aus der Vergangenheit wurde auf die Anschaffungskosten bzw. den niedrigeren beizulegenden Wert zugeschrieben, sofern die Gründe für eine vorgenommene Abschreibung nicht mehr existierten.

**Namenschuldverschreibungen** wurden mit den Anschaffungskosten in Ansatz gebracht, falls erforderlich vermindert um notwendige Abschreibungen. Agio- und Disagioträge wurden planmäßig über die Laufzeit aufgelöst.

**Schuldscheinforderungen und Darlehen** wurden mit den Anschaffungskosten bilanziert, falls erforderlich vermindert um notwendige Abschreibungen. Agio- und Disagioträge wurden planmäßig über die Laufzeit erfolgswirksam erfasst.

Die **übrigen Ausleihungen** wurden mit den Anschaffungskosten bilanziert, falls erforderlich vermindert um notwendige Abschreibungen. Agio- und Disagioträge wurden planmäßig über die Laufzeit erfolgswirksam erfasst.

Die **Einlagen bei Kreditinstituten** wurden mit den Nennbeträgen angesetzt.

**Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft** wurden mit den Nennbeträgen bilanziert, vermindert um vorzunehmende Einzelwertberichtigungen sowie Pauschalwertberichtigungen auf Basis von Erfahrungswerten.

Die **sonstige Forderungen** wurden mit dem Nennbetrag aktiviert.

Die **Betriebs- und Geschäftsausstattung** wurde zu Anschaffungskosten bewertet vermindert um lineare Abschreibungen. Die Nutzungsdauer wurde mit 3 bis 13 Jahren angenommen.

**Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand** wurden mit dem Nennbetrag in Ansatz gebracht.

**Rechnungsabgrenzungsposten** wurden zum Nennwert angesetzt.

Da eine ertragsteuerliche Organschaft mit der AXA Konzern AG, Köln besteht, werden die **latenten Steuern** der Gesellschaft bei dem Organträger ausgewiesen.

## **Passiva**

**Beitragsüberträge** wurden für jede einzelne Versicherung unter Zugrundelegung des tatsächlichen Beginns der Versicherungsperiode berechnet. Bei der Ermittlung der übertragsfähigen Beitragsteile wurde der koordinierte Ländererlass vom 20. Mai 1974 beachtet.

Die **Deckungsrückstellung** wurde gemäß der versicherungsmathematischen Berechnung für jede einzelne Versicherung nach dem von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht genehmigten Geschäftsplan nach der prospektiven Methode unter Berücksichtigung implizit angesetzter Kosten ermittelt. Hierbei wurden folgende Rechnungsgrundlagen verwendet: ein Rechnungszins von 3,25 %, 2,75 % bzw. 2,25 %, die Sterbetafel 1994T (Frauen/Männer), eine Zillmerung von maximal 30 ‰ der Versicherungssumme, ein System beitrags- und summenabhängiger Kostenzuschläge sowie für beitragsfreie Jahre Kostenzuschläge, die in der Deckungsrückstellung enthalten sind. Für die den Versicherten im Rahmen des Bonussystems zugewiesenen Überschussanteile wurden nach dem genehmigten Geschäftsplan Deckungsrückstellungen nach den obigen Rechnungsgrundlagen gebildet.

Die in Einzelreservierung gebildete **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** enthält die voraussichtlichen Leistungen für die zum Zeitpunkt der Bestandsfeststellung gemeldeten, aber noch nicht ausgezahlten Versicherungsfälle.

Bei der **Rückstellung für Beitragsrückerstattung** handelt es sich um Beträge, die vertraglich für die Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer bestimmt, aber den einzelnen Versicherungsverträgen noch nicht zugeteilt worden sind.

Die Berechnung der **Pensionsrückstellungen** für leistungsorientierte Pensionszusagen erfolgt nach der Projected-Unit-Credit-Methode (Anwartschaftsbarwertverfahren) unter Berücksichtigung aktueller Sterblichkeits- und Invalidisierungswahrscheinlichkeiten, zukünftiger Gehalts- und Lohnsteigerungen und Rententrendannahmen sowie eines durchschnittlichen Marktzinses der vergangenen sieben Geschäftsjahre vorgegeben durch die deutsche Bundesbank. Dabei wird eine Restlaufzeit von 15 Jahren angenommen. Als Rechnungsgrundlage für die Sterblichkeits- und Invalidisierungsannahmen dienen die Richttafeln 2005 G der Heubeck-Richttafeln GmbH. Fluktuationswahrscheinlichkeiten wurden nicht angesetzt. Der sich aufgrund des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes ab 01.01.2010 geänderten Bewertung der laufenden Pensionen oder Anwartschaften auf Pensionen ergebende Zuführungsbetrag zu den Rückstellungen wird jährlich gemäß Art. 67 Abs. 1 EGHGB mit einem Fünfzehntel angesammelt. Die Anpassungen aus der jährlichen Überprüfung der versicherungsmathematischen Annahmen werden erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlustrechnung gebucht.

Der Wertansatz der **Steuerrückstellungen** und der **sonstigen Rückstellungen** erfolgt nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages, der zukünftig erwartete Preis- und Kostensteigerungen berücksichtigt. Da alle sonstigen Rückstellungen eine Laufzeit von bis zu einem Jahr hatten, erfolgte keine Abzinsung.

**Rechnungsabgrenzungsposten** wurden zum Nennwert angesetzt.

Alle **anderen Verbindlichkeiten** wurden mit dem Erfüllungsbetrag passiviert.

## **Gewinn- und Verlustrechnung**

**Erträge und Aufwendungen** wurden auf das Geschäftsjahr abgegrenzt.

## **Zeitwerte der Kapitalanlagen**

Die Offenlegung von Zeitwerten der Kapitalanlagen erfolgte entsprechend den Vorschriften §§ 54 ff. der RechVersV. Die Angaben wurden zum Bilanzstichtag erstellt.

Die beizulegenden Zeitwerte für **Grundstücke**, ihre Bestandteile und ihres Zubehörs sowie für **grundstücksgleiche Rechte**, Rechte an diesen und **Rechte an Grundstücken** wurden nach der Immobilienwertermittlungsverordnung (ImmoWertV) vom 19. Mai 2010 (BGBl. I S. 239) ermittelt.

Als beizulegende Zeitwerte für **Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere** wurden im Wesentlichen die Börsenkurse per 31. Dezember 2012 angesetzt. Die beizulegenden Zeitwerte der Wertpapiere ohne Börsennotierung wurden auf Grundlage von Discounted-Cash-Flow - Methoden ermittelt.

Die beizulegenden Zeitwerte für **Schuldscheindarlehen und Namenspapiere, sonstige Ausleihungen und andere Kapitalanlagen** wurden anhand der Zinskurve sowie anhand von bonitäts- und laufzeitspezifischen Risikozuschlägen per 31. Dezember 2012 ermittelt.

Die beizulegenden Zeitwerte der **Einlagen bei Kreditinstituten** entsprachen aufgrund des kurzfristigen Charakters den Buchwerten.

## Erläuterungen zur Bilanz

### Aktiva

#### Entwicklung der Aktivposten A, B I bis II im Geschäftsjahr 2012

##### Aktivposten

	Bilanzwerte Vorjahr	Zugänge	Umbu- chungen	Abgänge	Zuschrei- bungen	Abschrei- bungen	Bilanzwerte Geschäfts- jahr
	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände							
Entgeltliche erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	21	15	-	-	-	11	25
B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	334	-	-	-	-	11	323
B II. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	43.024	9.583	-	88	-	-	52.519
2. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	25.000	86	-	13	-	-	25.073
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	83.253	23	-	73	-	-	83.203
c) übrige Ausleihungen	8.000	-	-	1	-	-	7.999
3. Einlagen bei Kreditinstituten	1.340	-	-	940	-	-	400
5. Summe B II.	160.617	9.692	-	1.115	-	-	169.194
Insgesamt	160.972	9.707	-	1.115	-	11	169.542

Im Jahr 2012 wurde das Wahlrecht gemäß § 341 c Abs. 1 HGB, das auf den Namen lautende Papiere zum Nennwert in der Bilanz angesetzt werden dürfen, nicht mehr in Anspruch genommen. Im Zuge der Änderung wurde rückwirkend eine Anpassung der Bilanzwerte zum 01. Januar 2012 vorgenommen. Die Anpassung der Bilanzwerte der Namensschuldverschreibungen wurde in Höhe von 86 Tsd. Euro unter den Zugängen sowie in Höhe von 2 Tsd. Euro unter den Abgängen berücksichtigt. Die Anpassung der auf den Namen lautenden Papiere unter den übrigen Ausleihungen wurde in Höhe von 1 Tsd. Euro unter den Abgängen berücksichtigt. Die veränderten Vorgehensweisen sind in den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden beschrieben.

## **A. Immaterielle Vermögensgegenstände**

Entgeltliche erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten

Hierunter wurde die entgeltlich erworbene EDV-Software mit den Anschaffungskosten, vermindert um die Abschreibung entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer, ausgewiesen.

## **B. Kapitalanlagen**

### **I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken**

Ausgewiesen wurde der Buchwert des überwiegend gewerblich genutzten Grundstückes mit Gebäude in Essen, Lindenallee 72/74, Vereinstraße.

Auf die eigenbetrieblich genutzte Fläche von ca. 45 % der gesamten Nutzfläche entfiel ein anteiliger Buchwert in Höhe von rund 145 Tsd. Euro.

### **II. Sonstige Kapitalanlagen**

#### **1. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere**

Es handelte sich hierbei um Inhaberschuldverschreibungen sowie um Anleihen, Kommunalobligationen, Pfandbriefe und sonstige Schuldverschreibungen. Die hier ausgewiesenen Kapitalanlagen waren überwiegend dem Anlagevermögen zugeordnet. Bei über pari erworbenen Titeln wurde auf den Zeitwert abgeschrieben, soweit dieser den Nominalwert nicht unterschritten hatte. Darüber hinaus wurde von dem gemilderten Niederstwertprinzip Gebrauch gemacht. Daraus resultierten stille Lasten nach § 341b HGB in Höhe von 911 Tsd. Euro bei einem Buchwert von 4.669 Tsd. Euro.

#### **2. Sonstige Ausleihungen**

Hier handelt es sich um Namensschuldverschreibungen, Namenspfandbriefe, Schuldscheindarlehen und übrige Ausleihungen, die dem Anlagevermögen zugeordnet waren.

#### **3. Einlagen bei Kreditinstituten**

Bei den Einlagen handelte es sich um Tagesgelder bei der National-Bank AG und der Sparkasse in Essen.

## **Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten**

Derivative Finanzinstrumente zur Absicherung von Währungsrisiken, Zinsrisiken und Börsen-, Marktpreis- oder sonstigen Preisschwankungen wurden im Geschäftsjahr nicht eingesetzt.

## Zeitwerte der Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2012 gem. § 54 RechVersV

in Tsd. Euro

	Bilanz- werte 2012	Zeitwerte 2012			Bilanz- werte 2011	Zeitwerte 2011		
		Zu An- schaffungs- kosten bilanziert	Zum Nenn- wert bilanziert	Summe		Zu Anschaf- fungs- kosten bilanziert	Zum Nenn- wert bilanziert	Summe
<b>B.I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken</b>	323	374	0	374	334	374	0	374
<b>B.II. Sonstige Kapitalanlagen</b>								
1. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	52.519	56.081	0	56.081	43.024	42.500	0	42.500
2. Sonstige Ausleihungen	116.275	131.544	0	131.544	116.253	89.217	32.072	121.289
3. Einlagen bei Kreditinstituten	400	0	400	400	1.340	0	1.340	1.340
4. Summe B.II.	169.194	187.625	400	188.025	160.618	131.717	33.412	165.129
<b>Summe B. Kapitalanlagen</b>	<b>169.517</b>	<b>187.999</b>	<b>400</b>	<b>188.399</b>	<b>160.952</b>	<b>132.091</b>	<b>33.412</b>	<b>165.502</b>
<b>Unterschiedsbetrag zum Bilanzwert</b>				<b>18.882</b>				<b>4.550</b>
<b>Agien und Disagien</b>	<b>0</b>				<b>82</b>			
<b>Summe Kapitalanlagen inkl. Agien und Disagien</b>	<b>169.517</b>	<b>187.999</b>	<b>400</b>	<b>188.399</b>	<b>161.034</b>	<b>132.091</b>	<b>33.412</b>	<b>165.502</b>
<b>Unterschiedsbetrag zum Bilanzwert inkl. Agien und Disagien</b>				<b>18.882</b>				<b>4.468</b>

### Zuordnung von Kapitalanlagen zum Anlagevermögen gemäß § 341b Abs. 2 HGB

Auf der Grundlage nachfolgender Darstellungen nimmt die RWSt die Möglichkeit des § 341b Abs. 2 HGB in Anspruch, Kapitalanlagen dem Anlagevermögen zuzuordnen, da sie dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen.

1. Im Geschäftsjahr 2012 wurden Kapitalanlagen mit einem Buchwert von 52.519 Tsd. Euro dem Anlagevermögen zugeordnet. (2011: 43.024 Tsd. Euro). Dies entspricht einem Anteil von 30,98 % (2011: 26,73 %) an den gesamten Kapitalanlagen.

2. Grundlage für die Bestimmung:

Die Bestimmung, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, wird aus folgenden Indikatoren abgeleitet:

- Die RWSt ist in der Lage, die dem Anlagevermögen zugeordneten Kapitalanlagen so zu verwenden, dass sie dauernd dem Geschäftsbetrieb dienen können.
- Aufgrund der laufenden Liquiditätsplanung besitzt die RWSt die Fähigkeit zur Daueranlage der betreffenden Kapitalanlagen.
- Die dem Anlagevermögen zugeordneten Kapitalanlagen werden in der Buchhaltung jeweils auf gesonderten Konten von den anderen Wertpapieren getrennt erfasst. Eine depotgemäße Trennung von Anlage- und Umlaufvermögen ist gewährleistet.

3. Bei den dem Anlagevermögen zugeordneten Kapitalanlagen werden Abschreibungen bei einer voraussichtlich dauernden Wertminderung gemäß § 341b HGB vorgenommen.

Hieraus ergab sich keine Notwendigkeit für außerplanmäßige Abschreibungen.

Zum 31. Dezember 2012 wurden dem Anlagevermögen Kapitalanlagen zugeordnet, bei denen stille Lasten in Höhe von 911 Tsd. Euro vorlagen. Ausfallrisiken waren nicht erkennbar. Wir gehen von einer vollständigen Rückzahlung der entsprechenden Papiere aus.

## C. Forderungen

### I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:

Versicherungsnehmer

#### a) fällige Ansprüche

Es handelte sich um rückständige Beiträge.

#### b) noch nicht fällige Ansprüche

durch Zillmerung entstandene, noch nicht getilgte Abschlusskosten gemäß der versicherungsmathematischen Berechnung zum 31.12. des Geschäftsjahres

abzüglich Pauschalwertberichtigungen in Höhe von 2 %

Stand 31. Dezember

	2012 Euro	2011 Euro
durch Zillmerung entstandene, noch nicht getilgte Abschlusskosten gemäß der versicherungsmathematischen Berechnung zum 31.12. des Geschäftsjahres	2.039.403,34	1.727.843,12
abzüglich Pauschalwertberichtigungen in Höhe von 2 %	- 40.788,07	-34.556,86
Stand 31. Dezember	1.998.615,27	1.693.286,26

### II. Sonstige Forderungen

Aufgrund des bestehenden ertragsteuerlichen Organschaftsverhältnisses mit der AXA Konzern AG sind in den sonstigen Forderungen gegen verbundene Unternehmen Ertragsteuern in Höhe von 347 Tsd. Euro aus dem Jahr 2011 enthalten.

## D. Sonstige Vermögensgegenstände

### I. Sachanlagen und Vorräte

Unter dieser Position wurde ausschließlich Betriebs- und Geschäftsausstattung ausgewiesen.

### II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand

Die Geldkonten wurden bei der Commerzbank AG, der Sparkasse Essen, der National-Bank AG und der Postbank in Essen geführt.

Die Forderungen und die sonstigen Vermögensgegenstände hatten eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr.

## E. Rechnungsabgrenzungsposten

### I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten

Hierbei handelte es sich ausschließlich um noch nicht fällige Zinsen aus Wertpapieren.

### II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Es handelte sich um vorausgezahlte Versicherungsprämien.



## Passiva

### A. Eigenkapital

- I. Das Grundkapital beträgt 6 Mio. Euro und ist in 6 Mio. Aktien im Nennbetrag von je 1 Euro eingeteilt. Die AXA Konzern AG, Köln, als Rechtsnachfolgerin der AXA Beteiligungsgesellschaft mbH, Köln, hielt zum 31.12.2012 das gezeichnete Kapital der Gesellschaft zu 100 % und war damit die alleinige Aktionärin der Gesellschaft.

### B. Nachrangige Verbindlichkeiten

Die AXA Konzern AG hat der RWSt im Jahr 2008 ein Nachrangdarlehen in Höhe von 2,0 Mio. Euro gewährt. Der Nachrangdarlehensvertrag wurde einvernehmlich nach der Zustimmung der BaFin mit Wirkung zum 15.01.2013 aufgehoben.

### C. Versicherungstechnische Rückstellungen

I. Beitragsüberträge

Die Beitragsüberträge wurden um den Inkassozuschlag von 3 % vermindert.

II. Deckungsrückstellung

	2012 Euro	2011 Euro
Stand 1. Januar	146.565.218,08	135.169.042,91
Zuführung gemäß versicherungsmathematischer Berechnung zum 31.12. des Geschäftsjahres	9.477.513,71	11.396.175,17
Stand 31. Dezember	156.042.731,79	146.565.218,08

Hierin enthalten ist eine Zusatzdeckungsrückstellung zum Tarif 40 in Höhe von 2.224.350,24 Euro (Vorjahr: 1.410.735,43 Euro).

III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

	2012 Euro	2011 Euro
Rückstellung für bekannte Versicherungsfälle	115.271,83	98.576,10
Spätschadenrückstellung	312.396,80	350.186,86
Regulierungsaufwendungen	7.840,00	8.800,00
	435.508,63	457.562,96

Die Rückstellung für bis zum Zeitpunkt der Bestandsfeststellung eingetretene und bekannt gewordene, aber noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle und Austritte wurde für jede einzelne Versicherung ermittelt.

Für die nach dem Tag der Bestandsfeststellung bekannt gewordenen Versicherungsfälle, die bis zum Abschlussstichtag eingetreten sind, ist eine Spätschadenrückstellung in Höhe des risikierten Kapitals gebildet worden. Diese Rückstellung ist auf Grund von Erfahrungssätzen für schon eingetretene Versicherungsfälle, die erst nach dem Abschlussstichtag gemeldet werden, erhöht worden.

Die Rückstellung für Regulierungsaufwendungen ist enthalten.

#### IV. Rückstellung für Beitragsrückerstattung

	2012 Euro	2011 Euro
Stand 1. Januar	13.645.717,47	12.102.109,04
Entnahmen für Gewinnzuschläge in Leistungsfällen	-1.540.954,50	-1.431.166,00
Entnahmen für Leistungserhöhungen	-1.711.202,95	-1.646.614,87
Zuführung aus dem Überschuss des Geschäftsjahres	5.702.240,72	4.621.389,30
Stand 31. Dezember	16.095.800,74	13.645.717,47

Davon entfielen zum Ende des Berichtsjahres

	Euro
a) auf bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile (für Gewinnzuschläge im Leistungsfall)	3.200.546,56
b) auf bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlussüberschussanteile und Schlusszahlungen	-
c) auf bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge für die Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven	-
d) auf bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge zur Beteiligung an Bewertungsreserven, jedoch ohne Beträge nach Buchstabe c	-
e) auf den Teil des Schlussüberschussanteilfonds, der für die Finanzierung von Gewinnrenten zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach Buchstabe a	-
f) auf den Teil des Schlussüberschussanteilfonds, der für die Finanzierung von Schlussüberschussanteilen und Schlusszahlungen zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach den Buchstaben b und e	-
g) auf den Teil des Schlussüberschussanteilfonds, der für die Finanzierung der Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven zurückgestellt wird, jedoch ohne Beträge nach Buchstabe c	-
h) freie RfB	12.895.254,18

#### D. Andere Rückstellungen

##### I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Für die Pensionszusagen, die im Allgemeinen auf Dienstzeit und Entgelt der Mitarbeiter basieren und als unmittelbare Pensionszusagen erteilt wurden, wurden Pensionsrückstellungen gebildet; Deckungsvermögen im Sinne von § 246 Abs. 2 HGB war nicht vorhanden.

Gemäß Übergangsregelung des Art. 67 Abs. 1 Satz 1 und Absatz 2 EGHGB, die für die erstmalige Anwendung der BilMoG Vorschriften in Bezug auf Pensionsrückstellungen gilt, bestand zum 31.12.2012 ein noch nicht ausgewiesener Zuführungsbetrag in Höhe von 19.740 Euro.

Bei der Ermittlung der Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden folgende Berechnungsfaktoren angewandt:

	2012	2011
Rechnungszins	5,06 %	5,13 %
Rentenanpassung	2,0 %	2,0 %
Gehaltsdynamik	2,5 %	2,5 %

### III. Sonstige Rückstellungen

	2012 Euro	2011 Euro
Kosten für die Jahresabschlussprüfung	31.000,00	31.000,00
Depotgebühren	25.000,00	25.000,00
Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen	50.000,00	50.000,00
Prozesskosten	-	-
Beitrag zur Berufsgenossenschaft	2.000,00	2.000,00
Vergütung Vorstände	36.000,00	18.000,00
Veröffentlichung Geschäftsbericht 2012	2000,00	1.000,00
	146.000,00	127.000,00

Die Restlaufzeit aller sonstigen Rückstellungen lag unter einem Jahr.

### E. Andere Verbindlichkeiten

#### I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber

	2012 Euro	2011 Euro
1.a Versicherungsnehmern		
Beitragsvoraus- bzw. überzahlungen	45.568,51	66.155,81
Verzinslich angesammelte Gewinnanteile und Zinsen	48.926,94	53.258,01
1.b Versicherungsvermittlern	71.699,93	-

## II. Sonstige Verbindlichkeiten

	2012 Euro	2011 Euro
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		
aus Gewinnabführung	300.000,00	180.000,00
aus der steuerlichen Organschaft	136.827,17	-
aus Dienstleistungsverträgen	6.024,89	20.694,89
Sozialabgaben, Lohn- und Kirchensteuer	9.417,27	8.649,62
Verwaltungskosten, Hauskosten	12.843,09	8.319,42
	<hr/> 465.112,42	<hr/> 217.663,93

Diese Verbindlichkeiten hatten – wie zum Vorjahresstichtag – eine Restlaufzeit bis zu einem Jahr. Es bestanden keine sonstigen Verbindlichkeiten, die durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert sind.

---

## Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

---

### I. Versicherungstechnische Rechnung

#### 1. Verdiente Beiträge

	2012 Euro	2011 Euro
gebuchte Bruttobeiträge		
laufende Beiträge		
Beiträge	17.561.641,88	17.144.225,06
UZV-Beiträge	206.673,45	201.993,83
Nebenleistungen (Kleinsummen- und Direktzahlerzuschlag)	22.540,98	17.542,26
Einmalbeiträge	442.583,39	471.079,84
	18.233.439,70	17.834.840,99
Veränderung der Beitragsüberträge	3.167,91	2.858,79
	18.236.607,61	17.837.699,78

Die zur Gänze im Inland erzielten verdienten Beiträge (gebuchte Beiträge) stammten sämtlich aus Einzelversicherungen.  
Rückversicherer wurden nicht involviert; der Rückversicherungssaldo war mithin Null.

#### 2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung

	2012 Euro	2011 Euro
Entnahme für Leistungserhöhungen aus der Überschussverwendung	1.711.202,95	1.646.614,87

#### 4. Sonstige versicherungstechnische Erträge

Die Erträge betrafen im Wesentlichen die Erhöhung noch nicht fälliger Forderungen an Versicherungsnehmer.

#### 5. Aufwendungen für Versicherungsfälle

##### a) Zahlungen für Versicherungsfälle

	2012 Euro	2011 Euro
Sterbegeldleistungen	7.884.852,03	7.376.371,97
Leistungen bei Rückkauf	2.113.034,35	1.894.596,44
	9.997.886,38	9.270.968,41

Die Aufwendungen enthielten auch die Regulierungsaufwendungen.

## 10. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen

Hierbei handelte es im Wesentlichen um Leistungen aus der Beteiligung an Bewertungsreserven und die Zuführung der Zinsen zu den verzinslich angesammelten Gewinnanteilen.

## II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

### 1. Sonstige Erträge

Es handelte sich im Wesentlichen um die Verminderung übriger Rückstellungen.

### 2. Sonstige Aufwendungen

	2012 Euro	2011 Euro
Zinsen für das Nachrangdarlehen	135.560,00	135.560,00
Aufwendungen für die Abschlussprüfung	31.000,00	31.000,00
Aufwendungen für den Aufsichtsrat	23.925,00	23.925,00
Aufsichtsgebühren	2.803,00	5.412,00
Zinsaufwand für Pensionsrückstellungen	11.428,00	12.019,00
sonstige	5.922,10	4.045,43
	210.638,10	211.961,43

### 4. Außerordentlicher Aufwand

Aus der Zuführung zu den Pensionsrückstellungen aufgrund der geänderten Bewertung nach neuem Recht, die nach Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB zu einem Fünftel erfolgt, resultieren außerordentliche Aufwendungen in Höhe von 1.645 Euro.

### 6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Im Berichtsjahr wurde ein Steueraufwand in Höhe von 149 Tsd. Euro ausgewiesen. Die Position enthielt im Wesentlichen Gewerbesteuer des laufenden Geschäftsjahres in Höhe von 80 Tsd. Euro, Körperschaftsteuer des laufenden Geschäftsjahres in Höhe von 61 Tsd. Euro, Solidaritätszuschlag des laufenden Geschäftsjahres in Höhe von 3 Tsd. Euro und einen Ertrag aus aktiver latenter Steuer des laufenden Geschäftsjahres in Höhe von 8 Tsd. Euro. Weiterhin war in dieser Position ein Aufwand aus Kapitalertragsteuer und des darauf anfallenden Solidaritätszuschlages in Höhe von 13 Tsd. Euro enthalten. Das außerordentliche Ergebnis betrug -2 Tsd. Euro (Aufwand). Die hierauf entfallende Steuerentlastung beträgt 32% mit einer Höhe von 0,5 Tsd. Euro. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wäre somit mit Steuern in Höhe von 149 Tsd. Euro (Ist) zuzüglich der 0,5 Tsd. Euro Entlastung des außerordentlichen Ergebnis mit 150 Tsd. Euro belastet.



















